

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Zollpolitik und Gewerkschaften.

Am 10. Januar 1925 ist die fünfjährige Frist abgelaufen, die in den Artikeln 265 bis 270 des Friedensvertrages von Versailles vorgesehen war mit der Bestimmung, Deutschland dürfe die Erzeugnisse irgendeines „alliierten oder assoziierten Staates nicht höher belasten als die eines anderen Landes“. An diesem Tage also erhält Deutschland seine handelspolitische Freiheit wieder. Es kann sodann wiederum Zölle nach eigenem Ermessen oder als Ergebnis von Verhandlungen mit andern Staaten festlegen, kann Handelsverträge abschließen.

Da der autonome (selbstgegebene) Zolltarif von 1902 durch den Krieg außer Kraft gesetzt worden ist, benützt das gesamte Unternehmertum in Landwirtschaft und Industrie diese Gelegenheit, Schutzzölle für „ihre“ Erzeugnisse zu fordern. Beide Unternehmergruppen — in Landwirtschaft und Industrie — suchen in der Höhe der Forderung nach Schutz Zoll einander zu übertrumpfen. Die einen begründen ihre Zollforderungen mit den Zollforderungen der anderen. Es bewahrheitet sich hier bei den bloßen Forderungen nach Schutzzöllen erneut der alte Erfahrungssatz, daß zollpolitisch zwischen den Erzeugnissen der Landwirtschaft und Industrie kein Unterschied gemacht werden kann. Schutzzölle für Waren des einen Teils der Wirtschaft haben durch ihre preissteigernde Wirkung Schutzzölle des andern Teiles zur Folge.

Der autonome Zolltarif war ein umfassendes Werk. In ihm hatte man den Getreidezöllen eine bevorzugte Sonderstellung eingeräumt. Während die Zollsätze für alle übrigen landwirtschaftlichen und industriellen Waren im Zolltarif festgelegt wurden und daher beim Abschluß von Handelsverträgen nach Bedürfnis herabgesetzt werden konnten, sind für Getreidezölle im Rahmengesetz des Zolltarifes selbst Mindestgrenzen festgelegt gewesen. Dadurch waren den Unterhändlern beim Abschluß von Handelsverträgen für Getreidezölle die Hände gebunden. Diese gesetzlich festgelegten Mindestgrenzen für Getreidezölle haben den Großgrundbesitzern von Inkrafttreten des autonomen Zolltarifs am 1. März 1906 bis zum Ausbruch des Weltkrieges bedeutende Gewinne verschafft. Wie preissteigernd Schutzzölle wirken, wird bei einer Gegenüberstellung des Weltmarktpreises mit dem Inlandspreis für Getreide deutlich sichtbar. So betrug zum Beispiel der Durchschnittspreis des Jahres 1913 für die Tonne Roggen in Neuport 109 M., in Deutschland an der Berliner Börse hingegen 164 M. Der Preis war also im Inland um 55 M. für die Tonne Roggen höher als der Weltmarktpreis. Da der Zoll für die Tonne Roggen 50 M. betrug, so bezahlten die beschlossenen Verbrauchergruppen sowohl den Einfuhr- wie den Inlandroggen um den vollen Zollbetrag höher als er am Weltmarkt kostete. Die gleiche Preissteigerung durch Schutzzölle läßt sich beim Weizen nachweisen. Der Durchschnittspreis 1913 betrug für die Tonne Weizen in Neuport 160 M., in London 149 M., dagegen in Deutschland an der Berliner Börse 199 M. Der Zollsatz für die Tonne Weizen betrug 55 M., kam also auch hier im Preise des Inlandweizens in voller Höhe zum Ausdruck. So ließen sich die Beispiele der preissteigernden Wirkung der Schutzzölle für alle landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse beliebig vermehren.

Es ist einleuchtend, daß die durch Schutzzölle künstlich erhöhten Preise für Inlandgetreide natürlich den Preis des Bodens steigern, auf dem das Getreide wächst. Die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gegenüber dem Ausland — Uebersee und Osteuropa — liegt aber vorwiegend in den zu hohen deutschen Bodenpreisen. In den früher Getreide ausführenden Bezirken Auslands kostete vor dem Kriege der Hektar ertragreichen Ackerlandes 19 M. bis 22 M., in Argentinien 70 M. bis 80 M., in den Vereinigten Staaten 64 M. bis 69 M., dagegen in Deutschland selbst dort, wo der Boden am billigsten war, das Vielfache dieser Preise. „Der Getreidezoll also“, sagt Professor Dr. v. Thijss, „der seinen Zweck — die Steigerung der Getreidepreise — wirklich erreicht, erhöht gerade den Teil der landwirtschaftlichen Produktionskosten, wegen deren Höhe das Inland mit dem Ausland nicht konkurrieren kann.“

Schutzzölle führen ferner zur Vernachlässigung der Wirtschaft. Es gibt Statistiken, die den Nachweis zu führen suchen, daß die Freihandelsländer unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz aus dem Hektar Ackerland höhere Erträge erzielen als die von der Zollpolitik gelähmten Schutzländer. Zum Beispiel:

Auf den Hektar gewonnener Weizen in Doppeltzentnern 1913:

Freihandelsländer	Schutzländer
England..... 21,0	Deutschland..... 23,6
Niederlande..... 24,2	Oesterreich..... 13,4
Belgien..... 25,2	Frankreich..... 13,2
Dänemark..... 23,7	Italien..... 12,2

Es entzieht sich unserer Beurteilung, ob diese Zahlunterschiede lediglich durch die Wirkungen von Schutz Zoll und Freihandel oder mehr durch Klima und natürliche Bodenbeschaffenheit bedingt sind. Aber man wird doch sagen dürfen, daß die deutschen Großagraren, diese Feinde der industriellen Entwicklung sich keine Sorge mehr um die Sicherstellung der Volksernährung machen werden, wenn sie im voraus mit einem dem Schutz Zollsatz gleich hohen Preisaufschlag „ihre“ Waren rechnen dürfen. Wie aus einer Verlautbarung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern im Oktober dieses Jahres hervorgeht, ist schon jetzt „eine gewisse Extensivierung (Verringerung der Ertragsleistung) im Gange“. Wer sich der Hoffnung hingibt, die Mittergutsbesitzer durch Schutzzölle anpörrnen zu können, dem Boden höchstmöglichen Ertrag abzurufen, befindet sich im Irrtum. Diese Leute können nur durch eine gründliche Wfsuhr bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember und durch den Landarbeiterverband zur Pfllichterfüllung gegenüber der Allgemeinheit gebracht werden.

Wir sagten schon, daß Agrar- und Industriezölle verknüpft seien und zwangsläufig einander auslösen. Aber nicht nur. Wie der Agrarzoll in der unrisenen Art durch eine Kette von Wirkungen die beschlossenen Volksmassen belastet, so haben die Industriezölle ihrerseits dieselben preissteigernden Wirkungen gegenüber der Landwirtschaft. Die Preise für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen erhöhen sich für den Landwirt um den vollen Zollsatz über den Weltmarktpreis. Ohne Industriezölle könnte die Landwirtschaft wesentlich billigere und nicht minder brauchfähige landwirtschaftliche Maschinen vom Weltmarkt beziehen, als die Zollleuren vom Inlandsmarkt. Wir sehen, wenn irgendwo mit dem Schutz Zoll begonnen wird, entwickelt sich ein freies Spiel wechselwirkender Kräfte, wodurch die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen der Landwirtschaft und Industrie verteuert werden.

Das industrielle Unternehmertum steht mit seinen Zollforderungen den Agrariern nicht nach. Seine hohen Schutz Zollforderungen grenzen ans Lächerliche. Der Reichsverband der Automobilindustrie beantragte für Amerika-Build-Wagen, deren Preis ab Fabrik 5439 Goldmark beträgt, nicht weniger als 6000 Goldmark Zoll. Für Amerika-Cabillac-Wagen, Preis ab Fabrik 12 759 Goldmark, 7000 Goldmark Zoll. Für Henry-Ford-Wagen, Preis ab Fabrik 1765 Goldmark, 3200 Goldmark Zoll. In derselben Höhe bewegen sich die Forderungen bei Schutzzöllen gegenüber englischen, italienischen, französischen und belgischen Kraftfahrzeugen. Die geforderten Zollsätze sind oftmals höher als der Preis eines Kraftfahrzeuges ab Fabrik. Sie sind häufig fünf- bis zehnmal so hoch als der gegenwärtige Zollsatz. Mit diesen Schutzzöllen wollen die Automobilindustriellen die Folgen ihrer zehn Jahre hindurch vernachlässigten technischen Betriebseinrichtung verhindern.

Die Textilindustriellen sind nicht minder anspruchsvoll. Folgende Zusammenstellung über einige Artikel der Textilindustrie gibt hierüber Aufschluß:

Zollsätze und Zollforderungen beziehen sich auf Doppeltzentner.

Zolltarifnummer	Artikel	Autonomer Zoll ab 1902	Zoll durch Handelsverträge	Gelegener Zoll	Neuer Zoll
405	Seidene Gewebe.....	800	450	3200	—
406	Seidener Lüll, ungemustert....	250	250	1500	4500
	gemustert.....	800	800	4800	9600
410	Gestricke Spitzenstoffe aus Seide	800	600	3200	9600
422	Ranungarn, roh, eindrähig..	8	8	8	19
424	Streichgarn, roh, eindrähig..	9	9	9	21
432	Wollengewebe.....	135-220	135-220	135-220	300-500
428	Zeppiche, gefnüpft.....	200	150	1200	3600
	gewebt.....	100	100	300	450
517	Kleider aus Seide.....	1500	1000	4800	4800
	Kleider aus seidenen Stickereien	1500	1200	6000	12000
518	Kleider aus Wolle.....	350	150-350	1050	1050
519	Kleider aus Baumwolle.....	350	120-350	1050	1050

Alle diese durch Schutz Zoll gesteigerten Preise müssen von den Verbrauchergruppen aufgebracht werden. Also auch die preissteigernde Wirkung der Industriezölle ist völlig klar.

Die besondere Wirkung der Schutzzölle auf die heimische Wirtschaft wird gerade durch die jetzige Lage der deutschen Automobilindustrie ersichtlich. Zum Schutze dieses Industriezweiges bestand die Einfuhrsperre für Kraftfahrzeuge. Die Auslandskonkurrenz war völlig ausgeschlossen. Ein starker Inlandmarkt war fast einziges Ab-

gabebiet. Die Preise für Kraftfahrzeuge waren in Deutschland so ungeheuer hoch, daß deutsche Handelsfirmen Kraftwagen deutschen Ursprungs billiger im Auslande als in Deutschland selbst beziehen konnten. Während sich die Automobilindustrie der westlichen Länder mit anerkannter Anstrengung umgestellt, ihre Betriebseinrichtungen technisch vervollkommen hat, haben die meisten Betriebe der deutschen Automobilindustrie unter dem Schutze der Einfuhrsperre in der alten Arbeitsweise sorglos fortgemurkelt. Der amerikanische Automobilindustrielle Henry Ford hat in seinen Werken allein eine Tagesleistung von 7000 und eine Jahreserzeugung 1923 von 22 Millionen Automobilen aufzuweisen. In der deutschen Automobilindustrie aber konnten technisch zurückgebliebene und finanziell schwache Betriebe, ferner eine Menge kleiner Firmen von 5 bis 10 Arbeitern sich ein volles Jahrzehnt gewinnbringend behaupten. Infolgedessen verkrüppelte die deutsche Automobilindustrie technisch in einer Weise, die jetzt starke Beunruhigung vor der gefährlichen Auslandskonkurrenz in diesem Industriezweig hervorgerufen hat. Aber nicht nur die amerikanische, auch die französische und italienische Konkurrenz bedroht erfolgreich diesen deutschen Industriezweig. Vielleicht werden in dem scharfen Konkurrenzkampf eine Anzahl deutscher Firmen zusammenbrechen. Das ist die Folge der Einfuhrsperre. Man wollte durch sie diesen Industriezweig schützen, brachte ihn aber umgekehrt in die größten Gefahren. Hier können jetzt nicht Schutzzölle helfen, sondern nur schnelle Umstellung, ungefüamtes Nachholen der zehn Jahre begangenen Vernachlässigung des technischen Fortschritts.

Ueber die allgemeinen schädlichen Wirkungen der Schutzzölle haben sich neuerdings — zur Empörung der Schutzöllner — zwei anerkannte Wirtschaftsgelehrte ausgesprochen, die früher entschieden für Schutzzölle eingetreten sind. Der eine, Professor Areboe, sagte in Nr. 9 der Deutschen landwirtschaftlichen Presse:

„Die Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft hat mindestens ein ebenso hohes Interesse an billigen und leistungsfähigen Maschinen wie an hohen Preisen ihrer Erzeugnisse. Die deutsche Volkswirtschaft aber hat ein viel größeres Interesse daran, daß die deutsche Landwirtschaft in weitgehendem Maße mechanisiert und dadurch rationalisiert und intensiviert wird, als daß dem Landwirte etwa durch hohe Getreidezölle das Leben bequem gemacht wird.“

Der andere, Professor Sering, erklärte im Deutschen Landwirtschaftsrat am 24. Oktober dieses Jahres:

„Es ergibt sich, daß wir grundsätzlich darauf aus sein müssen, das Preisniveau unserer Industriewaren zu senken. Wir müssen den Versuch machen, die Agrarkrise zu heilen, indem wir die Waren, die der Landwirt braucht, im Preise herunterdrücken. Das führt mich zur prinzipiellen Einstellung gegen den industriellen Schutz Zoll. Jetzt ist die Landwirtschaft benachteiligt gegenüber der Industrie. Das ist aber nicht die entscheidende Ursache für die Preisspanne, jedoch eine sehr wichtige Ursache für die Zersplitterung des Weltmarktes durch die Industrie sind nach ihrer Erkenntnis mit Schutzzöllen nicht möglich. Die Gewerkschaften sind ebenfalls dieser Ueberzeugung.“

Diese einstigen Schutzöllner haben heute die Gesamtwirtschaftslage Deutschlands durchaus richtig erkannt. Die Ueberhebung der Krise in der Landwirtschaft und die Erhebung des Weltmarktes durch die Industrie sind nach ihrer Erkenntnis mit Schutzzöllen nicht möglich. Die Gewerkschaften sind ebenfalls dieser Ueberzeugung.

Wohin aber steuert die Regierung? Der Zickzackkurs, den sie eingeschlagen hat, wohin soll er führen? Auf der einen Seite legt sie Preisentzugsmaßnahmen durch, damit die Kosten der Lebensbedingung ermäßigt werden, macht Steuerermäßigungen, damit die Reallohne und -gehälter steigen; auf der andern Seite jedoch will sie Agrarzölle erheben, wodurch die Lebensbedingungen wiederum verteuert und ihre Preisentzugsmaßnahmen aufgehoben werden. Und ferner: auf der einen Seite Aufhebung der Einfuhrverbote, um, wie Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm einst sagte, „der deutschen Wirtschaft wieder frische Impulse zu geben“, auf der andern Seite Industriezölle, unter deren Schutze die Wirtschaft verkümmert. Wo ist die einheitliche Linie? Was will man eigentlich? Soll die gesunkene Kaufkraft behoben oder soll sie nicht behoben werden? Will man die Preise senken oder steigern? Die Kaufkraft muß unter Umgehung der Gefahr eines neuen Währungsverfalls in Einklang mit

den Kosten der Lebensbedingungen gebracht werden. Voraussetzung hierfür aber ist die Vermeidung aller Maßnahmen, die preissteigernde Wirkungen haben. Senkung der Preise, Steigerung des Reallohnes — das muß die Forderung der Gewerkschaften sein.

Deutschland hat heute weltwirtschaftlich einen schwierigen Standpunkt. Es kann sein 60-Millionen-Volk von den Erträgen der eigenen Landwirtschaft nicht ernähren. Es ist auf sein oder Nichtsein zur industriellen Gütererzeugung und zum Anschluß an den Weltmarkt genötigt. Dazu kommen die Wiedergutmachungskosten, die Deutschland in erhöhtem Maße zur Ausführung verpflichtet. Ausführung ist aber nicht nur Ausfuhr, sie bedingt für Deutschland auch Einfuhr. Die deutsche Industrie benötigt vom Weltmarkt Rohstoffe, um sie im Inland zu verarbeiten und dann als Fertigwaren wiederum auf den Weltmarkt zu bringen. Deutschland bedarf daher zum Wohle seiner Wirtschaftsentwicklung und zur Erhaltung seiner Ueberbevölkerung unter möglichst billigen Bedingungen der Rohstoffquellen der Welt. Schutzzölle auf Einfuhrwaren bedeuten aber Verteuerung der Güter im Inland und auf dem Weltmarkt. Und teure Rohstoffe können für Deutschland zu seiner gewinnbringenden Ausfuhr führen. Eine wohlverstandene Pflege der deutschen Wirtschaft muß daher jetzt und in den nächsten Jahrzehnten mehr denn je jegliche Zollpolitik verschmähen und bekämpfen. Die freien Gewerkschaften fühlen sich mitverantwortlich für das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands. Darum auch wenden sie sich gegen die Zollpolitik des Unternehmertums und der Regierung.

Der Hollauschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat die Beratungen der sogenannten kleinen Zollvorlagen unumkehrbar beendet. Seine Arbeiten galten dem Zweck, den deutschen Unterhändlern bei Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen Waffen in die Hand zu geben. Denn in der Zeit des deutschen Währungsverfalls haben besonders die umliegenden Länder zum Schutze vor dem Eindringen deutscher Schleudermwaren Zollschutzwälle errichtet. Dieser Zustand, mehr eine Folge der deutschen, nicht der Verhältnisse jener Länder, darf nicht durch deutsche Schutzzölle begünstigt, sondern muß durch Freihandelspolitik, durch feste Währungsverhältnisse beseitigt werden. Von der deutschen Stellungnahme bei den bevorstehenden Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen hängt es ab, ob die Bahn für eine freie Verkehrswirtschaft in der Welt geöffnet werden wird. Die Gewerkschaften dürfen sich zum Wohle der Allgemeinheit, besonders der Arbeiterschaft, weder durch das Unternehmertum noch durch die Regierung noch durch Sonderverhältnisse in einzelnen Industriezweigen in ihrer Stellungnahme gegen jegliche Art Schutzzölle beirren lassen.

Die Reichstagswahlen vom 7. Dezember geben der Arbeiterklasse Gelegenheit, die Zollpolitik des Unternehmertums und der Regierung gründlich zu erledigen.
(„Gewerkschafts-Zeitung“)

Arbeiterschutz und politische Parteien.

Daß der Arbeiterschutz dem mittelbaren und unmittelbaren Einfluß der Sozialdemokratie zu danken ist, hat selbst Bismarck zugegeben. Der Anspruch in seiner Antwort auf eine Rede Janaz Kuers im Reichstag am 26. November 1884: „Wenn wir keine Sozialdemokratie hätten und wenn sich niemand vor ihr fürchten würde, hätten wir überhaupt keine Sozialpolitik!“ dürfte wohl auch Uneingeschriebenen als Beweis gelten.

Aber nicht nur der Arbeiterschutz, wie er auf dem Papier steht, ist auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen, auch seine Durchführung ist zu einem erheblichen Grade die Auswirkung sozialdemokratischen Einflusses auf die Politik. Einen deutlichen Beweis hierfür liefert das Verhalten der Regierungen und ihrer ausführenden Organen zu der gewerkschaftlichen Forderung; zur Kontrolle der Betriebe auf die praktische Anwendung der Arbeiterschutzvorschriften Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Organe der Gewerbe- und Handelsaufsicht heranzuziehen.

Bis auf einige Kaufkontrollen aus Arbeiterkreisen in einigen Bundesstaaten, und bis auf die berühmten Sicherheitsmänner im preussischen Bergbau war vor dem Kriege die amtliche Gewerbeaufsicht nahezu ausschließliches Arbeitsgebiet akademisch vorgebildeter Beamter. Bei den weiblichen Beamten verzichtete man freilich aus begründlichen Gründen auf die akademische Vorbildung. Aber auch hier waren Herkommen und höhere Schichterschulbildung fast ausnahmslos wichtige Maßstäbe für die Beurteilung der Eignung und ausschlaggebend für die Anstellung. Erst nach der Revolution wurde die Forderung erfüllt, Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Kontrollorgane der Gewerbe- und Handelsaufsicht anzustellen.

Die aus diesen Kreisen stammenden Persönlichkeiten haben mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie sind ausnahmslos nicht mit offenen Armen von der Gewerbeaufsicht aufgenommen worden. Offen und verheißt wird ihnen im Gegenteil die Ausübung ihres Amtes erschwert.

Die Bemühungen, den aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammenden Kontrollorganen der Gewerbeaufsicht eine der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechende Stellung zu schaffen, stoßen vor allen Dingen in Preußen auf größte Schwierigkeiten. Trotz wiederholter Versuche der sozialdemokratischen Fraktion und auch der Gewerkschaften aller Richtungen, eine bessere Eingruppierung in finanzieller und sachlicher Beziehung zu schaffen, ist Wesentliches bisher nicht erreicht worden. An wohlwollenden Versprechungen hat es zwar nicht gefehlt; nur sind die Versprechungen bisher nicht in die Tat umgesetzt worden.

Ohne Zweifel trägt hierzu der Umstand bei, daß bei den Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum des preussischen Landtages sämtliche bürgerlichen Parteien ablehnend verhalten haben. Vorkämpferin war stets und einzig und allein die Sozialdemokratische Partei. Selbst der Versuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und christlichen Gewerkschaften auf die bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen auf das Zentrum und die Demokraten einzuwirken, hatte nicht den ge-

wünschten Erfolg. Die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen nichtbeamteten Kräfte der Gewerbeaufsicht gehören fast ausnahmslos einer Gehaltsgruppe an (der Gruppe VI), die für die Art der Arbeit keine ausreichende Bezahlung bildet. Verschiedene Männer und Frauen haben aus diesem Grunde schon ihren Posten wieder verlassen beziehungsweise haben ihn nicht angetreten, nachdem sie die Gehaltsbedingungen erfahren haben.

Trotzdem wird die Forderung der Gewerkschaften nicht erfüllt, die von der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages nach Kräften unterstützt worden ist, die seit Jahren vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Aussicht gestellte Prüfungsordnung fertigtzustellen beziehungsweise zur Anwendung zu bringen, die den nichtbeamteten Kräften der Gewerbeaufsicht eine Aufstiegsmöglichkeit und damit eine finanziell und sachlich günstigere Stellung gibt.

Im letzten Jahre wurden Schwierigkeiten anscheinend in höherem Maße vom Finanzministerium gemacht als vom Handelsministerium. Die Ursache aber für die Tatsache, daß die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammenden Kräfte der Gewerbeaufsicht in Preußen schlecht gestellt sind, ist in der Abneigung gegen diese Kräfte zu suchen, die, nur der Not gehorchend, überhaupt angestellt worden sind.

Erst der durch die Revolution gewonnene Einfluß der Sozialdemokratie auf die Verwaltungen des Reiches und der Länder hat auch die Forderung erfüllt, Arbeiter und Angestellte als Kontrollorgane der Gewerbeaufsicht heranzuziehen. Wie auf allen Gebieten, zeigt sich auch hier das Bestreben, die Forderung nur so weit zu erfüllen, wie dies von der Arbeiterschaft erzwungen werden kann.

Der Ausgang der Wahlen am 7. Dezember wird deshalb auch der Maßstab sein, wie weit in der Zukunft bei der Durchführung des Arbeiter- und Angestelltenkreises Gewerkschaftsforderungen berücksichtigt werden. Diese Gewissheit wird zweifellos beitragen, die Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 7. Dezember zu bestimmen.

Gertrud Hanna.

Willst du Mensch sein?

Seit der Mensch in der Entwicklung zum Bewußtsein seines Selbst erwachte, geht durch die suchende Menschheit immer wieder das große Fragen nach dem Sinn des Seins. Was ist Wahrheit? Was heißt Entwicklung? Steht in dem tausendgestalteten lebendigen Dingen eine starke, erfüllungsverlangende Kraft? Was ist der natürliche Inhalt unseres Daseins? Denn das ist schließlich die eine große Frage, die über allen Fragen steht. Im Sinn des Menschen und der natürlichen Gestaltung des Menschenlebens findet das ewige Suchen nach Wahrheit seinen praktischen Ausdruck. Und wenn wir auch die Rätsel der Welt noch nicht alle zu lösen in der Lage sind und wenn auch immer neue Rätsel hinter den Rätseln sich auftun, das eine Unleugbare steht endgültig fest, daß die ganze, große, wachsende Komplexität der Welt zugleich ein Wachsen zu einem Zueinander bedeutet. Die wachsende Mannigfaltigkeit bedeutet ein Wachsen zur Einheit. Und je mannigfaltiger die Einheit, um so höher und herrlicher ist sie.

Kein Mensch gleicht bis ins einzelne dem andern, so wie kein Blatt dem andern gleich ist. Jeder Mensch hat seine Eigenart. Du sollst du selber sein! Du sollst Persönlichkeit sein! Du sollst frei sein! Das ist das ewige Gesetz der Mannigfaltigkeit, das das Buch der Natur von der Gestaltung des Lebens verlangt.

Doch zugleich sollst du Bruder sein! Zugleich sollst du als Schwester dich fühlen! Denn die Einheit ist der Sinn des Tausendgestalteten. Ich gegen du ist Zerfall, und nur du und ich in Freiheit vereint ist der praktische Ausdruck des Naturewigen im Menschensein.

Das ist die geniale Erkenntnis, die auch die größte Geister der Menschheit gehabt haben. Freiheit! Persönlichkeit! Doch im Ganzen! Nur im Ganzen ist Freiheit möglich, und der natürliche Sinn der Freiheit ist die Gemeinschaft. „Die Menschheit zusammen“, sagt Goethe, „ist erst der ganze Mensch, und der einzelne kann nur froh und glücklich sein, wenn er den Mut hat, sich im Ganzen zu fühlen.“ Die Gemeinschaft zu erringen ist darum die natürliche Aufgabe der Freiheit, und je mehr der Mensch zur Menschheit strebt, um so mehr ist er Mensch.

Willst du also Mensch sein, so zertritt die Grenzen, die dich von deinem Bruder, von deiner Schwester trennen! Zerstampfe den Boden, der das Unkraut der Eier und des Hasses trägt! Hilf mit, der Einheit den Weg zu ebnen, da in ihr allein die Freiheit geborgen liegt!

Doch wie und wo? Seit Jahrzehnten kämpft das werktätige Volk in freigewerkschaftlichen Verbänden Hand- und Kopfarbeit hat sich zu solchem Kampfe um die Einheit organisiert. Das ist dein Platz, wenn du Mensch, Gemeinschaft dienender, Menschheit erstrebender Mensch sein willst.

Du sollst dein wirtschaftliches Recht erlangen; denn nur wenn du dein Recht hast und frei bist, kann Einheit sein. Aber diese Einheit zu erlangen, dieser Menschheit den Boden zu bereiten, ist der große, ideale Sinn, der diesem wirtschaftlichen Ringen in der Ferne entgegenstrahlt. Nicht das Recht des einzelnen, nur damit der einzelne gemüthlich durchs Leben zu gehen vermag. Der Sinn des einzelnen Rechts ist die Pflicht zur Gemeinschaft. Nur die wirtschaftliche Kampfgemeinschaft hat ein sittliches Gepräge, über deren Streben leuchtend die Menschheit geschrieben steht. Ein wirtschaftlicher Verband, der „Interessen“ vertritt, ohne das letzte Ziel einer Einheit, ist eine Erscheinung des Verfalls, ist ein Stück einer untergehenden Kultur.

Daß aber Millionen von Arbeitern in freien Verbänden zwar auch ihr wirtschaftliches Interesse verlangen und zu erzwingen bestrebt sind, doch mit dem Willen zur Gemeinschaft, mit dem Gedanken des Einzelrechts, damit

das Ganze einmal werden kann, das ist der Beweis für das Vorhandensein der Urkraft alles Werdens auch in Heute. Wo die Tendenz der Einheit vorhanden ist, da ist Leben. Wo das Wollen von Größe existiert, da ist Aufstieg. Nur in seinen verblühten Teilen, die sich als selbstfüchtige Kur-Interessebestrebungen kundtun, geht das Abendland unter. Da, wo der wirtschaftliche Kampf um das Recht mit dem Glauben an Weltseinheit verbunden ist, da quillt neue Größe. Da wächst endlich die Menschheit. Da wird der Mensch.

Dr. Gustav Hoffmann.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Die Tätigkeit in den Gauen im ersten Halbjahr 1924.

Der völlige Zusammenbruch unserer Währung im Herbst 1923 machte eine Tätigkeit der Gauleiter fast ganz unmöglich. Nachdem sodann durch die Stabilisierung der Mark wieder einigermaßen feste Währungsverhältnisse eingetreten waren, verbesserten sich langsam auch die Verbandsfinanzen. Dadurch konnten auch die Gauleiter nach und nach wieder ihre Tätigkeit in vollem Umfange aufnehmen. Es galt zunächst den Wiederaufbau des Verbandes von Grund auf mit aller Kraft zu fördern. Die Lohnverhandlungen gestalteten sich durch den zähen Widerstand der Unternehmer gegen jede Lohnerhöhung schwierig. Lohnvereinbarungen wurden indes wieder für eine längere Zeit getroffen, so daß die Kraft der Gauleiter mehr für andere Verbandsarbeiten frei wurde. Die Stellungnahme zum Verbandstage und später die Durchführung seiner Beschlüsse gab den Gauleitern gute Gelegenheit, das Verbandsleben zu heben und zu fördern.

Zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und Beratung der Arbeitspläne der Gauleitungen fanden im ersten Halbjahr 36 Gauvorstandssitzungen statt. Die gesamte Tätigkeit der Gauleitungen erstreckte sich auf 634 Verbandszählstellen und 7 unorganisierte Orte. Die einzelnen Orte wurden in 1941 Fällen besucht, und zwar in 1780 Fällen durch die Gauleiter selbst, in 161 Fällen durch Vertreter. In 478 Sitzungen der Zahlstellenvorstände nahmen Vertreter der Gauleitungen teil. 258 Sitzungen befaßten sich mit Lohnfragen, 222 mit andern Organisationsfragen. 98 Rassenrevisionen wurden durch die Gauleitungen vorgenommen. Weiter beteiligten sich die Gauleitungen an 970 Zahlstellenversammlungen, von diesen beschäftigten sich 276 mit Lohnfragen und 696 mit Vorträgen über wichtige Fragen der Arbeiterbewegung. In 2 unorganisierten Orten fand je eine Versammlung zum Anschluß der Kameraden an den Verband statt. Besondere Agitationen unter Mithilfe der Gauleitungen zur Gewinnung neuer Verbandsmitglieder fanden 72 statt, davon 9 in unorganisierten Orten. Lohnverhandlungen mit Unternehmern unter Mitwirkung der Gauleitungen fanden 506 statt. Weiter wurden 36 Streikkontrollen durch Gauleitungen vorgenommen. Besondere Aufträge des Zentralvorstandes hatten die Gauleitungen 57 auszuführen.

Nebenstehende Tabelle gibt eine Uebersicht über die gesamte Tätigkeit der Gauleitungen, über den Mitgliederstand und die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gauen.

Ausere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Landau i. d. Pfalz und Pölzlin. Ausgesperrt sind die Zimmerer im Saargebiet. Gesperrt ist in Reiz, Bezirk Theißen, das Kraftwerk Stinnes.

Aussperrung im Saargebiet. Ueber einen Streik im Saargebiet bei zwei französischen Firmen wie über die Ursachen desselben haben wir bereits in Nr. 47 berichtet. Die Firmen haben erklärt, daß die Forderungen der Arbeiter vollkommen berechtigt seien, daß sie aber nicht in der Lage seien, dieser Forderung nachzukommen, da sie langjährige, feste Verträge abgeschlossen hätten, und der Bauherr (in diesem Falle die Bergwerksdirektion) sich weigere, die Lohnerhöhung auf sein Konto zu nehmen. Zunächst hatten sich auch die Firmen, die Staatsaufträge hatten, geweigert, die erhöhten Löhne zu zahlen, da sie laut Vertrag nur die Lohnerhöhungen vom Bauherrn tragen lassen können, die 10 % der Gesamtkosten übersteigen. Sie verlangten von der Regierung eine Herabsetzung der Norm von 10 auf 5 %. Da indessen die von der Abteilung für öffentliche Arbeiten herausgegebenen „Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Arbeiten und Lieferungen für Bauzwecke“ bereits eine Herabsetzung von der früheren Norm von 15 auf 10 % erfahren hatten, so kam durch Verhandlungen mit der Regierung ein Ausgleich zustande, und die Tariflöhne wurden gezahlt. Anders verhält es sich aber mit dem größten Bauherrn des Saargebietes, der Bergwerksdirektion. Die Bergwerksdirektion hat sowohl Festverträge nach dem Muster der oben angeführten „Allgemeinen Bedingungen“ wie auch freibleibende Verträge. Bei den festen Verträgen muß die Lohnerhöhung vertragsgemäß vom Unternehmer getragen werden, bei den übrigen Verträgen aber, und diese Verträge bilden die Mehrheit, muß die Lohnerhöhung zum Teil von der Bergwerksdirektion und zum Teil vom Unternehmer getragen werden. Die Bergwerksdirektion weigert sich, ihren Anteil, den sie vertragsgemäß übernehmen müßte, zu tragen und erklärt die Lohnerhöhung für nicht gerechtfertigt. Die Unternehmer haben darauf folgende Bekanntmachung am 14. November erlassen: „Die Bauherrschaft bezeichnet die letzte Lohnerhöhung nach dem Schiedspruch vom 17. Oktober 1924 als ungerechtfertigt und erkennt diese nicht an. Die unterzeichnete Firma ist infolgedessen außerstande, die von dem Schiedsgericht festgesetzten neuen Löhne weiterhin zu entrichten. Die Firma kann die Arbeit nur weiterführen, wenn die Löhne auf den Stand vor dem Schieds-

Table with columns: Bezeichnung der Gane, Agitation, Lohnbewegung, Die Tätigkeit erforderte sich auf, Wie oft wurde ein-... beauftragt?, Bestand am Schluß des 4. Quartals 1923, Mitgliederzugang, Mitgliederabgang, Bestand am Schluß des 2. Quartals 1924.

* Bau Baden hat infolge Todes des Gauleiters nur über die Tätigkeit der Gauleitung im 1. Quartal berichtet.

spruch zurückgeführt werden. Die Firma sieht sich genötigt, diejenigen Arbeitskräfte per sofort zu entlassen, die nicht bereit sind, von Montag, 17. November 1924 an, die Arbeiten zu den Löhnen, die sie vor dem 16. Oktober 1924 bezogen haben, weiterzuführen.

Ausgeperrt sind insgesamt 1900 Arbeiter des Baugewerbes, darunter mehr als 200 Zimmerer.

Beendeter Streik in Oppeln. Am 15. November fanden auf Veranlassung der Regierung Einigungsverhandlungen statt; sie waren erfolgreich. Es wurde vereinbart, die Arbeit am 17. November wieder aufzunehmen.

Lohnverhandlungen für Rheinland und Westfalen. Die am 17. November vor dem Bezirkslohnamt stattgefundenen Verhandlungen sind vollständig resultatlos verlaufen. Nach mehrstündigen Verhandlungen hat das Lohnamt gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter einen Schiedsspruch gefällt.

Lohnvereinbarung in Kattowitz. Durch Schiedsspruch vom 15. Oktober ist der Lohn um 10 % erhöht worden, so daß der Lohn für einen Facharbeiter auf 88 polnische Groschen kommt; das sind nach deutschem Gelde 65 bis 68 %.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für Brandenburg. Der Schiedsspruch vom 7. Oktober ist von den Arbeiterorganisationen sowie von dem Brandenburgischen Baugewerbeverband angenommen.

Verbindlich erklärter Schiedsspruch für Mittel- und Oberbaden. Am 14. November fanden vor dem Landeschlichter in Karlsruhe Verhandlungen statt, um zu dem Schiedsspruch vom 27. Oktober Stellung zu nehmen.

Vereinbarung und Schiedsspruch für Unterbaden-Vorderpfalz. Die Parteien verhandelten am 14. November vor dem Landeschlichter für Baden. Sie vereinbarten, daß sofort ein Schiedsgericht gebildet wird.

II 81 §, III 77 §, IV 72 §, V 68 §. Der Schiedsspruch kann mit vierzehntägiger Frist auf Monatsende gekündigt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eberswalde. Am 16. November tagte eine außerordentliche Generalversammlung. Die Versammlung war bei unserm Mitgliederstande nur mittelmäßig besucht. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Frage des Uebertrittes in unsere Berufskasse.

Trier. Trozdem vergangenen Winter die Trierer Zimmerleute fast alle erwerbslos waren und dem Arbeitsnachweis zwecks Vermittlung zur Verfügung standen, suchte die Firma Jager N.-G., Tief-Betonbau, im bürgerlichen „Volkshaus“ unter Schiffe Zimmerleute.

Baugewerbliches.

Die Bautätigkeit im Deutschen Reich im 2. Vierteljahr 1924. Die rückläufige Bewegung, die, mit einer kurzen Unterbrechung im 4. Vierteljahr 1923, seit Beginn des vorigen Jahres auf dem Bauplatz herrscht, hat sich, so berichtet Nr. 23 der „Wirtschaft und Statistik“, im zweiten Vierteljahr 1924 weiter fortgesetzt.

Das starke Nachlassen der Neubautätigkeit seit dem Frühjahr 1923 dürfte vor allen darauf zurückzuführen sein, daß infolge des im Jahre 1923 eingetretenen Währungsverfalles vielfach die Bautätigkeit stark eingeschränkt werden mußte.

Im einzelnen ist die Entwicklung vom 1. zum 2. Vierteljahr des laufenden Jahres nicht einheitlich verlaufen. In einer Reihe der Erhebungsgemeinden sind im zweiten Vierteljahr sogar mehr Gebäude und Wohnungen neu erstellt worden als im 1. Vierteljahr.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeiterbanken. In der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse Englands wird der lebhafteste Wunsch nach Gründung einer Arbeiterbank geäußert. Diese soll die gewerkschaftlichen Mittel, die gegenwärtig zum größten Teil bei den Privatbanken liegen, verwalten.

